

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Belegungen nehmen die Postämter und die Anzeiger für das Erzgebirge entgegen. — Erscheint wochentlich. Samstagausgabe Nr. 22.

Anzeigerpreise: Die Anzeigerpreise sind für den Anzeiger für das Erzgebirge, wochentlich 20 Pfennige, wochentlich 20 Pfennige, wochentlich 20 Pfennige, wochentlich 20 Pfennige, wochentlich 20 Pfennige.

Verleger: Verlagsgesellschaft Auer-Verlag, Auer. Inhaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 148

Sonntag, den 26. Juni 1932

27. Jahrgang

### Bayern bleibt bei seinem Standpunkt

#### Verschärfung der Gegensätze zwischen Bayern und dem Reich — Aufhebung des Uniformverbotes vom Minister-rat einstimmig abgelehnt

München, 25. Juni. In der heutigen Sitzung des Landtags gab Ministerpräsident Dr. Golt die Erklärung ab, daß das Gesamtministerium einstimmig beschlossen habe, daß es nicht in der Lage sei, das allgemeine bayerische Uniform- und Umzugsverbot aufzuheben, und zwar aus rechtlichen und sachlichen Gründen.

#### Strikte Durchführung des Uniform- und Demonstrationsverbotes

München, 24. Juni. Die amtliche bayerische Presse teilt mit: In München sind Gerüchte im Umlauf, daß Anhänger der NSDAP am nächsten Sonntag wieder in Form eines öffentlichen Aufzuges demonstrieren wollen. Aus diesem Anlaß wird festgestellt, daß das Uniformverbot und Aufzugsverbot zu Recht bestehen und auch am nächsten Sonntag unverändert in Geltung sein werde. Die Polizei wird allen Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften mit Nachdruck entgegenzutreten. Dies gilt für Demonstrationen nicht nur in München, sondern an allen Orten Bayerns. Die friedliebende Bevölkerung kann versichert sein, daß die Polizei pflichtgemäß für die Beachtung der bestehenden Vorschriften sorgen wird. Von der friedliebenden Bevölkerung muß aber auch erwartet werden, daß sie sich nicht als Mitspieler oder müßige Zuschauer an Demonstrationen beteiligen.

#### Scharfe Worte aus Bayern

Der bayerische Standpunkt

München, 24. Juni. Zu den Beratungen des bayerischen Ministerrats schreibt die parteiunabhängige Bayerische Volkspartei-Korrespondenz, der Konflikt, der zwischen Bayern und der Reichsregierung entstanden sei und der von der Presse Stülers und Dugensbergs als

bayerische Separation und bayerische Reichsfeindlichkeit hingestellt werde, beruhe im wesentlichen darin, daß die bayerische Staatsregierung mit bestem Willen sich nicht den politischen Auffassungen der Reichsregierung anschließen könne. Man sei in Bayern, wo bis jetzt Ruhe und Ordnung herrsche, voll der ernstesten Besorgnis, daß die Politik der Reichsregierung mit Rücksicht auf eine bürgerkriegswangere Situation hin-treibe. Dazu komme für die bayerische Staatsregie-rung noch der Rechtsstandpunkt hinzu, der es grund-sätzlich nicht erlaube, der Reichsregierung so tief in die Volkshoheit eingreifende Maßnahmen zuzugestehen, die im Deutschen Reich verfassungsmäßig nur einmal der Staatsgewalt der Länder zustehen. Bei dieser tief-gehenden politischen und rechtlichen Meinungsverschie-denheit zwischen Reichsregierung und bayerischer Staats-regierung werde niemand überrascht sein, wenn der bayerische Ministerrat, der sich am Freitagvormittag und auch am Abend des gleichen Tages mit der Ab-fassung der Antwort an die Reichsregierung befaßte, zu einem durchaus ablehnenden Standpunkt gekommen ist. Wenn die Reichsregierung sich der Stimme Bayerns gegenüber völlig taub zeigen wolle, dann müsse man wohl damit rechnen, daß das Reichsministerium zu Maß-nahmen greifen werde, die man in Bayern als einen Akt der Vergewaltigung und der Willkür betrachten würde, auch wenn sie in eine zunächst gültige Reichs-recht schaffende Rechtsform gekleidet würden.

#### Die Berufung der Nationalsozialisten im bayrischen Landtag abgelehnt

München, 24. Juni. Der bayrische Landtag hat heute mit den Stimmen der Bayerischen Volkspartei, des Bauernbundes, der Sozialdemokraten und der Kommunisten die Berufung der Nationalsozialisten wegen der Ausschließung von 41 Mitgliedern der nationalsozialistischen Fraktion auf die Dauer von 20 Sitzungstagen abgelehnt.

### Erneute politische Zusammenstöße

Berlin, 25. Juni. In den späten Abend- und Nachtstunden ereigneten sich wiederholt Zusammenstöße zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, und zwar hauptsächlich in Steglitz. In der Urdorfstraße kam es zu einer Schlägerei, bei der zwei Personen durch Schläge verletzt wurden. 24 Nationalsozialisten mußten den Weg zum Polizeipräsidium antreten. Bei einem der Siftierten fand man eine Pistole. In der Wirtsbuschstraße wurden Nationalsozialisten von Kom-munisten beschossen. Ein Unbeteiligter wurde dabei durch einen Schuß in den linken Oberschenkel erheblich verletzt. 21 Nationalsozialisten und sechs Kommunisten sind hier von der Polizei zwangsgestellt worden. In Schöneberg schlugen sich Nationalsozialisten, Kommunisten und Reichsbannerleute. Dabei wurden einige Schüsse gewechselt, die aber niemand trafen. Ein Reichsbannermann wurde durch Kopfschläge schwer ver-letzt.

In der Nähe der Jannowitzbrücke wurde ein Na-tionalsozialist von 20 Kommunisten überfallen und verletzt. Ein ähnlicher Vorgang spielte sich an der Ecke Innen- und Neanderstraße ab.

Dortmund, 25. Juni. Die politischen Unruhen stellten auch im Laufe des Freitag an. In verschiedenen Stadtteilen kam es zwischen Kommunisten und Na-tionalsozialisten zu Zusammenstößen. Ein Nationalsozia-list wurde durch Messerstiche am Kopfe lebensgefährlich verletzt. Auf der Münsterstraße gerieten etwa 200 bis 300 Kommunisten und 120 bis 150 Nationalsozialisten aneinander. Ein Kommunist wurde zu Boden geschla-gen und durch Messerstiche schwer verletzt.

#### 80 Verletzte in Dortmund

Dortmund, 24. Juni. Im Stadtteil Bitten-borch kam es heute Abend zu schweren Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Die Nationalsozialisten hatten eine öffentliche Versammlung einberufen. Als gegen 8 Uhr ein aus Auenen kom-mender Dieseltaxi mit 80 Auenener Nationalsozia-

listen vor dem Versammlungslokal eintraf, wurde das Auto von den Kommunisten, die sich angesammelt hat-ten, erfaßt und umgeworfen. Fünf Nationalsozialisten trugen dabei schwere Verletzungen davon. Die übrigen 25 Insassen wurden leichter verletzt.

Duisburg, 24. Juni. Im Anschluß an die Ver-lesung des in der vergangenen Woche erschossenen Kom-munisten Bischoff wurden auf der Düsseldorf Straße Polizeibeamte bei der Durchführung ihrer Sicherheits-heitsmaßnahmen von einer Anzahl vom Friedhof zu-rückkehrende Kommunisten angegriffen und mit Steinen beworfen. Aus den Reihen der Demonstranten wurde auch geschossen. Die Polizei erwiderte das Feuer und verletzte einen Kommunisten durch einen Lungenschei-ßschuß schwer, ein zweiter Demonstrant zog sich lei-chtere Schulterverletzungen zu.

Ratingen bei Düsseldorf, 24. Juni. Zwischen Nationalsozialisten, die ihre Kameraden nach einem Konzert aus dem nahe gelegenen Homberg nach Hause begleiten wollten, und einem Trupp Kommunisten kam es zu einem Kampf, in dessen Verlauf auch einige Schüsse fielen, durch die zwei Kommunisten schwer-erletzt wurden. Der eine erhielt einen Brust- und der andere einen Unterschenkelsschuss. Von den National-sozialisten wurden mehrere durch Steinwürfe verletzt. Als die Polizei am Tatort ankam, waren die Strei-ten bereits verschwunden.

Nationalsozialistische Beschwerde beim Reichsinnenminister Berlin, 24. Juni. Eine Abordnung von Mit-gliedern der nationalsozialistischen Fraktion des preu-ßischen Landtages begab sich heute Abend zum Reichs-minister des Innern, um ihm aus den verschiedensten Gebieten zahlreiche Fälle von Überfällen auf Partei-angehörige mitzutellen und darüber eingehendes Ma-terial persönlich zu überreichen. Der Reichsminister des Innern nahm die Beschwerden entgegen und sagte zu, sich umgehend mit der Landesregierung in Verbindung zu setzen.



Ernst Thälmann, der Führer der deutschen Kommunisten



Wilhelm Bleck, Führer der Reichstagsfraktion der KPD

#### Vor dem Verbot der Kommunistischen Partei?

In politischen Kreisen wird angenommen, daß die Reichs-regierung in den nächsten Tagen zu einem Verbot der Kom-munistischen Partei schreiten wird.

#### Ein Kommunist erschossen

Stassfurt, 24. Juni. Zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten kam es gestern und in der Nacht zum Freitag wiederholt zu Zusammenstößen. Schon einige Male war die Stassfurter Polizei gezwungen gewesen, das Auto eines Nationalsozialisten vor kommunistischen Angriffen zu schützen. Als am Donnerstag die Kommunisten wiederum Miene machten, das Auto zu stürmen, wurde aus dem Auto ge-schossen und ein Kommunist durch Bauchschuß so schwer verletzt, daß er bald darauf starb.

#### Die deutsch-französischen Besprechungen in Lausanne

Lausanne, 24. Juni. Die Sitzung der deutschen und der französischen Delegation hat bis kurz vor 13 Uhr andauert. Bei ihrem Abschluß wurde folgendes Communiqué ausgegeben:

Die deutsche und die französische Delegation haben heute morgen eine erste Arbeitssitzung abgehalten. Graf Schwerin von Krosigk hat eine eingehende Darlegung der finanziellen und wirtschaftlichen Lage Deutschlands gegeben.

Lausanne, 24. Juni. Nach Abschluß der heutigen Nachmittagsitzung der deutsch-französischen Konferenz wurde folgendes Communiqué ausgegeben: Die deutsch-französischen Besprechungen sind heute nachmittags fortgesetzt worden. An ein Exposé des französischen Finanzministers Germain Martin schloß sich ein Gedankenaustausch mit dem gleichem Namen von beiden Seiten betonten Bestreben, alle Seiten der ausge-worfenen Problems gründlich zu prüfen. Die nächste Zu-sammenkunft wird Montag, den 27. Juni, 16 1/2 Uhr statt-finden.

#### Der Reichskanzler in Berlin

Lausanne, 24. Juni. Der Reichskanzler fährt heute nachmittags nach Berlin. Er wird Montag zur Teilnahme an der Konferenz wieder in Lausanne sein.

#### 28 Staaten für den neuen Hoover-Vorschlag?

Paris, 24. Juni. Nach einer Meldung des „Matin“ sollen 28 auf der Abrüstungskonferenz vertretene Staaten gestern der amerikanischen Delegation mitgeteilt haben, daß sie sich dem amerikanischen Vorschlag anschließen. Der Hauptauschuß der Abrüstungskonferenz wird den ameri-kanischen Plan am Dienstag oder Mittwoch prüfen.

#### Sozialdemokratisch-kommunistische Einheitsfront gegen Nationalsozialisten

Essen, 25. Juni. Wie erst jetzt bekannt wird, hat am Donnerstagabend in Rewiges eine Versammlung der ört-lichen Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbun-des, der S. D., der A. D., des „Reichsbanners“, des Antifaschistischen Kampfbundes, der Revolutionären Gewerkschaftsopposition und des Mieterbundes stattgefunden, in der man übereinkam, sich zu einer antifaschistischen Einheitsfront gegen den uniformierten nationalsozialistischen Terror zu-sammenschließen. In einem Aufruf an die Bevölkerung wird um Unterstützung in diesem Abwehrkampf gebeten und zum Boykott gegenüber nationalsozialistischen Geschäftsin-habern aufgefordert.